

Henriette Heischkel

Bauen in West-Berlin



Forschungen zur Nachkriegsmoderne
des Fachgebietes Kunstgeschichte am Institut
für Kunstwissenschaft und Historische Urbanistik
der Technischen Universität Berlin

Herausgegeben von Adrian von Buttlar
und Kerstin Wittmann-Englert

Henriette Heischkel

Bauen in West-Berlin 1949–1963

Die Rolle der Bauverwaltung
im Spannungsfeld von Kunst und Politik

Gebr. Mann Verlag · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT

Für meine Familie

Zugl.: Berlin, Technische Universität, Diss., 2016 u. d. T. Die Bauverwaltung und der Wiederaufbau in West-Berlin im Spannungsfeld der Politik – Der öffentliche Hochbau 1949 bis 1963

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 by Gebr. Mann Verlag · Berlin
www.gebrmannverlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form durch Fotokopie, Mikrofilm, CD-ROM usw. ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Bezüglich Fotokopien verweisen wir ausdrücklich auf §§ 53, 54 UrhG.

Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Umschlagabbildung: Verkehrskanzel am Kurfürstendamm, Foto: Mila Hacke

Umschlagentwurf: Alexander Burgold, Berlin

Satz: Gebr. Mann Verlag · Berlin

Druck und Verarbeitung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

Papier: 115 g/m² Magno Volume

Schrift: Frutiger Linotype

Printed in Germany · ISBN 978-3-7861-2793-2

Inhalt

Geleitwort.....	7
Vorwort.....	9
Einleitung.....	11
1. Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau West-Berlins.....	21
Die politischen Entscheidungsinstanzen	21
Der Senat.....	22
Das Abgeordnetenhaus	24
Die Verwaltung der Bezirke	25
West-Berliner Baupolitik	26
Die Bewältigung der quantitativen öffentlichen Bauaufgaben	31
<i>Schwerpunktbauprogramme 31 · Typisierung 32</i>	
Berlin als künftige Bundeshauptstadt.....	39
Berlin als Kultur- und Wissenschaftsmetropole.....	43
2. Die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen.....	47
Aufbau und Organisation	47
Die politischen Repräsentanten – Die Senatoren und Senatsdirektoren	47
Die fachliche Führungsebene – Die Senatsbaudirektoren.....	54
Die Abteilungen der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen.....	64
<i>Die Abteilung VI: Hochbau 65 · Die Abteilung II: Landes- und Stadtplanung 73</i>	
Personelle Kontinuitäten in der Bauverwaltung.....	74
Bauherr und Architekt zugleich? – Die Kritik an der Allgegenwärtigkeit der Bauverwaltung .	75
Der Planungsbeirat – Die Bemühung der Bauverwaltung um externe Beratung	77
Die Akademie der Künste, West-Berlin – ungebetene externe Beratung für die Bauverwaltung?.....	83
Wettbewerbe als Beteiligungsmöglichkeit freischaffender Architekten	85
3. Gestaltungsmöglichkeiten der Senatsbauverwaltung am Beispiel ausgewählter Bauten	91
Bauten der städtischen Infrastruktur	91
Die Hansaschule.....	91
<i>Eine Grundschule für ein neues Wohnviertel 91 · Die Realisierung durch Bruno Grimmek 96</i>	
<i>· Zusammenfassende Bewertung 105</i>	
Das Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht.....	108

Die Blumengroßmarkthalle im Herzen der Stadt.....	112
<i>Planung und Realisierung 113 · Zusammenfassende Bewertung 122</i>	
Die U-Bahnhöfe der Erweiterungs- und Neubaustrecken 1953–1966.....	124
<i>Planung und Realisierung 125 · Gestaltung der unterirdischen U-Bahnhöfe 128 · Gestaltung der Dammbahnhöfe 137 · Der Kreuzungsbahnhof Kurfürstendamm und die Verkehrskanzel 140 · Zusammenfassende Bewertung 149</i>	
Der Weg zum Kulturforum am Potsdamer Platz.....	149
West-Berliner Museumsplanung.....	150
<i>Erste Planungen für ein neues Museum in Dahlem 150 · Einflussnahme durch die Akademie der Künste 158 · Die Neuplanung des Dahlemer Museums unter anderen Vorzeichen 165</i>	
Die Planung einer neuen Staatsbibliothek.....	171
Die Philharmonie – Ein Jahrzehnt der Standortdebatte.....	179
<i>Erste Planungen auf Betreiben der Gesellschaft der Freunde der Berliner Philharmonie 179 · Zweite Planungsphase unter finanzieller Beteiligung von Stadt und Bund 194 · Scharouns Wettbewerbsbeitrag als Auslöser einer neuerlichen Standortdebatte 198</i>	
Zusammenfassende Bewertung.....	201
Der Auf- und Ausbau der Universitäten.....	202
Bauen an der Freien Universität.....	205
Bauen an der Technischen Universität.....	213
Zusammenfassende Bewertung.....	218
Gemeinschaftliche Projekte Berlins mit den USA.....	219
Das Messegelände – Ein Schaufenster des Westens.....	221
<i>Die 1. Deutsche Industrieausstellung 1950 221 · Das Marshall-Haus – Der Ausstellungspavillon der USA 226 · Zusammenfassende Bewertung 238</i>	
Die Amerika-Gedenkbibliothek.....	241
<i>Von der Idee zur Standortentscheidung 241 · Von der Konzeption zum Entwurf 246 · Zusammenfassende Bewertung 252</i>	
Das Amerika-Haus.....	253
<i>Die Planung innerhalb einer unbeständigen amerikanischen Kulturbauförderung 253 · Die Realisierung nach Entwürfen von Bruno Grimmek 261 · Zusammenfassende Bewertung 263</i>	
Fazit.....	265
Farbabbildungen.....	273
Personenverzeichnis.....	289
Abkürzungsverzeichnis.....	316
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	317
Bildnachweise.....	333

Geleitwort

Die Stadt hat viele Gesichter, ist seit jeher das Produkt geteilter Autorschaften: Selbst da, wo uns prominente Stararchitekten aus Geschichte und Gegenwart mit ihren Architekturikonen faszinieren, müssen Aufgabe, Umstände und Auftraggeber mitgedacht werden – die mächtigen Fürsten, die reichen Bürger, einflussreiche Institutionen wie Kirchen und Unternehmen, nicht zuletzt die Kommunen mit ihrem Bedürfnis nach *good governance* und politischer Selbstrepräsentation im Rahmen ihrer übergreifenden städtebaulichen und baurechtlichen Reglements. Baupolitik war stets eine *res publica*, von den alten Griechen und Römern über die oberitalienischen Stadtrepubliken der Frührenaissance bis zu den Jahren des Wiederaufbaus nach 1945 und zur deutsch-deutschen „Systemkonkurrenz“ im Kalten Krieg. Über deren Diskurse wissen wir heute einiges. Aber der Einfluss der scheinbar anonym wirkenden modernen Bauverwaltungen – ein schwer zu fassendes Phänomen – ist bislang noch kaum herausgearbeitet worden. Das gilt in besonderem Maße für das „doppelte Berlin“, namentlich für die umstrittene Inselstadt West-Berlin, die darauf angewiesen war, sich in Konkurrenz zur sozialistischen Hauptstadtplanung der DDR als „überlegene“ freiheitliche Alternative zu profilieren. Eine Untersuchung zur Rolle der West-Berliner Bauverwaltung in der Nachkriegsepoche im Spannungsfeld zwischen Kunst und Politik stellt deshalb seit langem ein Desiderat dar, war sie doch im dynamischen Baugeschehen jener Jahre fast überall involviert und präsent und de facto zweifellos sehr einflussreich (Anfang der 1950er Jahre war die Öffentliche Hand noch größter Bauherr). Andererseits aber blieb sie als Verwaltungsorgan mit politischer Spitze in ihrem Aufbau, ihren Aufgaben, Wirkungsfeldern und Einflussmöglichkeiten, ja selbst bezüglich ihrer führenden Akteure weithin relativ unbekannt. Henriette Heischkel betritt dementsprechend Neuland: Die notwendigen Archivrecherchen waren abschreckend uferlos, die Quellenlage überraschend dünn, da viele wichtige Akten zu Vorgängen und Personen (ja selbst Modelle) unbegreiflicherweise im Laufe der Jahre unbedacht vernichtet wurden. Die Autorin hat jedoch allen Widrigkeiten zum Trotz eine Fülle verstreuter Materialien aufgefunden und deren systematische Analyse in den brisanten historisch-politischen Kontext der Zeitgeschichte gestellt, wobei sie sich klugerweise auf die sichtbarste und wirkmächtigste Ebene der staatlichen Interventionen, auf ausgewählte Felder des Hochbaus, beschränkt. Auf diese Weise wurde es möglich, sowohl die institutionellen Strukturen und Aktionsfelder der Bauverwaltung zu rekonstruieren und ihre leitenden Persönlichkeiten kritisch zu würdigen als auch den Wiederaufbau West-Berlins als spannendes baupolitisches Phänomen zu erfassen, das sich zwar nicht grundsätzlich vom Wiederaufbau westdeutscher Städte in den Nachkriegsjahrzehnten unterscheidet, gleichwohl aufgrund des Status der geteilten Stadt einige Besonderheiten entwickelte.

In der vorliegenden Untersuchung geht es in erster Linie gerade nicht um die architekturhistorische Verortung einzelner Bauten und ihrer Entwerfer, also um die mehr oder minder bekannte „Spitze des Eisbergs“, sondern um dessen unsichtbaren oder vergessenen Teil „unter der Wasserlinie“, d.h. um die politischen, finanziellen und administrativen Baumentscheidungen auf der Basis konfliktreicher politischer Auseinandersetzungen. Damit rücken die Entscheidungsprozesse, die Rahmenbedingungen und strategischen Ziele für den Wiederaufbau West-Berlins

in den Vordergrund. Mit der Spaltung der Stadt 1948/49 blieb der Status West-Berlins als Bundesland (im Gegensatz zur Ausrufung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR) aufgrund der alliierten Vorbehalte ungeklärt, was sich vor allem in der stets umstrittenen Finanzierung durch den Bund oder um dessen Präsenz (Reichstagswiederaufbau) niederschlug. Das Ressort für Bau- und Wohnungswesen des West-Berliner Senats wurde 1951–1972 von den Senatoren Karl Mahler und Rolf Schwedler geführt, denen im Abgeordnetenhaus der Bauausschuss zugeordnet war (hauptsächlich Tiefbaumaßnahmen betreffend), während Hochbauten vor allem über die Etats der betreffenden Fachressorts auf der Haupt- und der Bezirksebene (mit entsprechenden Fachausschüssen) diskutiert und bewilligt wurden. Die fachliche Leitung lag bei den Senatsbaudirektoren, vom ersten noch Gesamt-Stadtbaurat Hans Scharoun 1946 über Ludwig Lemmer, den ehemaligen Speer-Mitarbeiter Hans Stephan bis zu Werner Düttmann. Die Bezirksverwaltungen, bzw. die zuständigen Bezirks-Stadträte, über die ein Großteil des Wiederaufbaus lief, wurden ihrerseits vom allmächtigen Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses kontrolliert.

Der Focus der Untersuchung ist auf die Bereiche der Baupolitik gerichtet, mit deren Hilfe das ideelle Überleben West-Berlins, insbesondere als Stadt der Kultur und Wissenschaft, sichergestellt werden konnte, was ständige Auseinandersetzungen mit dem Finanzsenator, dem Hauptausschuss, dem sporadisch einspringenden Bund und den US-amerikanischen Geldgebern für zahlreiche Sonderprojekte bedingte. Dabei wurden auch grundsätzliche Fragen, wie die der ökonomisch gebotenen, aber in Abgrenzung zur DDR-Baupolitik weitestgehend wieder aufgegebenen Typisierung (etwa für Schulen oder Kindergärten) diskutiert. Mit der Frage nach Berlin als zukünftiger Bundeshauptstadt wird eine weitere, bis 1989 durchgängige Komponente der West-Berliner Baupolitik angesprochen. Zur Rolle der Wissenschaftsmetropole gehörte im Vorfeld der Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und parallel zum Wiederaufbau der Museumsinsel im Osten vor allem der Auf- und Neubau der Museen in Dahlem – und damit verbunden der Bau der Staatsbibliothek sowie die Planung der Philharmonie und der Ausbau der beiden westlichen Universitäten. Ein Sonderthema wird schließlich mit den sogenannten „Geschenken der Amerikaner“ (u.a. Amerika-Gedenkbibliothek) dargestellt.

Zu den Gestaltungsmöglichkeiten der Bauverwaltung zählt das Entwerfen durch die Entwurfsabteilung des Referats Hochbau selbst (Bruno Grimmek, Gerhard R. Rümmler, Werner Klenke, Werner Düttmann mit ihren MitarbeiterInnen), d.h. der Bauherr trat hier zugleich als Architekt auf, was vielfach seitens der freien Architektenschaft kritisch bemängelt wurde. Im Ergebnis sind die diesbezüglich vorgestellten Bauten immerhin bescheidene „Staatskunst“ von bemerkenswerter gestalterischer Qualität. Ein zweiter Hebel der Einflussnahme war das Wettbewerbswesen. Hier kann Heischkel das Vorurteil widerlegen, dass die Bauverwaltung mithilfe von Wettbewerben das Baugeschehen unverhältnismäßig manipuliert habe. Zumeist kam den Verantwortlichen eher eine Steuerungs- und Moderatorenrolle zu. So erwies sich beispielsweise der letztlich von der SPD durchgesetzte Standort der Philharmonie am Tiergartenrand als kongenial zur künstlerischen Planung Scharouns, was einmal mehr verdeutlicht, dass die West-Berliner Behörde trotz aller politischen Frustrationen die gesamtstädtische Perspektive nie aus den Augen verloren hat.

Die vorliegende Grundlagenuntersuchung eröffnet über ihre reichen substantiellen Erkenntnisse zum West-Berliner Baugeschehen hinaus durch ihren exemplarischen Charakter der Architekturforschung der Nachkriegsmoderne viele übertragbare Anregungen und neue anschlussfähige Forschungsperspektiven.

Vorwort

Im Rahmen eines Hauptseminars zur Architektur der Nachkriegsmoderne in West-Berlin am Institut für Kunstgeschichte der TU Berlin wurde mein Interesse am Berliner Architekten und langjährigen Leiter der Entwurfsgruppe in der West-Berliner Hochbauverwaltung Bruno Grimmek geweckt. Sein Name hatte zwar bereits Eingang in Vollmers *Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts* gefunden, biographische Informationen waren aber dennoch spärlich und eine Auseinandersetzung mit seinen Bauten hatte bis dahin nicht stattgefunden. Ich konnte den in Berlin lebenden Sohn Klaus Grimmek († 2013) ausfindig machen, der den beruflichen Nachlass seines Vaters bewahrt hatte. Die Auswertung des Nachlasses ermöglichte mir, Bruno Grimmek und einige seiner Berliner Nachkriegsbauten zum Thema meiner Magisterarbeit zu machen. Für ihre Offenheit und Unterstützung möchte ich Familie Grimmek herzlich danken.

Die Einordnung Grimmekes als Mitarbeiter der städtischen Bauverwaltung in das öffentliche Bauwesen war in meiner Magisterarbeit nicht zu leisten. Umso deutlicher wurde hingegen die hinsichtlich Struktur und Arbeit der Bauverwaltung klaffende Forschungslücke, so dass die Idee reifte, dieses Thema in einem Promotionsvorhaben anzugehen. Von Beginn an fand ich dabei Unterstützung durch Prof. Dr. Adrian von Buttlar. Er begleitete geduldig den langjährigen Entstehungsprozess und stand wie Prof. Dr. Kerstin Wittmann-Englert unkompliziert mit Rat und Tat zur Seite, wenn es von Nöten war. Beiden danke ich dafür sehr.

Der Nachlass Bruno Grimmekes, der den Anstoß für das Forschungsvorhaben gab, ist in der Zwischenzeit an die Architektursammlung der Berlinischen Galerie übergeben worden. Dort sei Ursula Müller und ihren Mitarbeitern ebenfalls für die großzügige Unterstützung und kollegiale Zusammenarbeit bei der Entstehung meiner Dissertation gedankt.

Für das Entstehen dieser Arbeit war die Auswertung schier zahlloser Akten und Pläne in verschiedenen Archiven notwendig. Mein besonderer Dank gilt deshalb den zahlreichen Archivmitarbeitern, die teilweise äußerst unbürokratisch den Zugang zu diesen Archivalien ermöglichten. Insbesondere den Mitarbeitern des Landesarchivs Berlin danke ich für die freundliche Zusammenarbeit. Jennifer Reiche, die für mich bis dato nicht verzeichnete Personalakten aus dem Verborgenen holte sowie Andreas Matschenz seien stellvertretend genannt.

Diskussionen im Rahmen des Doktorandenkolloquiums, mit Freunden und Kollegen, unter anderem mit Katy Förster Olson, Dr. René Hartmann, Franziska Klemstein und Matthias Oloew, waren für die Fertigstellung der Arbeit ebenso von Bedeutung. Dr. Andreas Klingenberg übernahm unermüdlich das Korrekturlesen mit fachfremdem Blick. Vielen Dank Euch allen.

Gefördert wurde das Entstehen der Arbeit durch ein Stipendium des Landes Berlin (NaFöG). Die Drucklegung ermöglichte die ebenfalls großzügige Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG Wort.

Einleitung

Berlins Infrastruktur und bauliche Substanz wurde während des Zweiten Weltkrieges (1939–1945) weitgehend zerstört. Es stellte eine enorme Herausforderung dar, diese materiellen Schäden zu beseitigen und wieder ein städtisches Leben zu ermöglichen. Erschwert wurde die Bewältigung dieser Aufgabe durch die politische wie wirtschaftliche Instabilität in der Stadt. Berlin – zumindest der in der vorliegenden Arbeit im Fokus stehende Westteil der Stadt – verlor in Folge der Teilung Deutschlands die Hauptstadtfunktion wie auch die bis dahin zentrale Rolle im deutschen Bankenwesen. Diese Entwicklung hatte verheerende wirtschaftliche Auswirkungen, da zahlreiche Arbeitsplätze verloren gegangen waren. Allein von Juni 1948 bis zur Aufhebung der Berlin-Blockade¹ im Mai 1949 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 47.000 auf 164.000 und bis Ende 1949 sogar auf 300.000.²

Zu der ohnehin beklemmenden Finanzlage West-Berlins kam ein hoher Schuldenstand.³ Die Existenz von zwei Währungen innerhalb einer Stadt, D-Mark auf der einen und Ostmark auf der anderen Seite, erschwerte zusätzlich die wirtschaftliche Gesundung der westlichen Teilstadt. Unter anderem waren Lebensmittel wie Dienstleistungen für West-Berliner im Ostteil der Stadt zum Schaden der West-Berliner Betriebe sehr viel günstiger zu erwerben.⁴ Auch die Bewältigung und Versorgung des Flüchtlingsstroms aus den sowjetisch besetzten Gebieten bedeuteten für West-Berlin eine große Kraftanstrengung.

Vor diesem Hintergrund war West-Berlin – als Teilstadt auf sich allein gestellt – nicht lebensfähig. Die unbedingt notwendige Unterstützung durch die westdeutschen Bundesländer erfolgte keineswegs bereitwillig. Im Gegenteil: Während in westdeutschen Städten der Wiederaufbau spätestens mit dem Inkrafttreten der Marshallplan-Hilfen⁵ ab 1948 in Schwung kam, kämpfte die Regierung West-Berlins mit ihrem Oberbürgermeister Ernst Reuter an der Spitze sowie unter dessen Nachfolgern vehement um eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung. Erst auf Druck der amerikanischen Militärregierung kamen erste Verhandlungserfolge zustande.⁶

- 1 Als Reaktion auf die Einführung der DM in den drei westlichen Berliner Sektoren blockierte die sowjetische Besatzungsmacht zwischen Juni 1948 und Mai 1949 alle Versorgungswege zu Lande in diese drei Sektoren, um ihren Machtanspruch zu verdeutlichen. Die Westalliierten richteten daraufhin eine Luftbrücke zur Versorgung der Stadt ein.
- 2 Kilgenstein, E.: Berlin heute. Unter Verwendung der Presse-Unterlagen der Interbau-Pressestelle, in: Baurundschau, 1957, S. 298.
- 3 Keiderling, Gerhard: „Bittgänge“ nach Bonn. Die Anfänge der Berlin-Hilfe des Bundes, in: Berlinische Monatschrift, 2001, H. 1, S. 45.
- 4 Ausführlich zur Problematik der doppelten Währung: Reichhardt, Hans Joachim (Hrsg.): Die Entstehung der Verfassung von Berlin: eine Dokumentation, Bd. 2, Berlin u. a. 1990, S. 2003 ff.
- 5 Nach dem damaligen US-Außenminister George Marshall benanntes Wiederaufbauprogramm für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, das European Recovery Program (ERP). Es umfasste die Vergabe von Krediten, aber auch die Lieferung von Waren und Rohstoffen.
- 6 Keiderling 2001 – Bittgänge nach Bonn, S. 46.

Die Finanzlage der Teilstadt gestaltete sich insbesondere nach der Berlin-Blockade prekär. Während für das Rechnungsjahr 1949 noch Kredite, Hilfen aus dem amerikanischen GARIOA-Fond⁷ sowie die westdeutsche Sondersteuer „Notopfer Berlin“ einen Nothaushalt absichern konnten, fehlte für das darauffolgende Etatjahr eine solche Kalkulationsgrundlage. Auf eigene Einnahmen konnte aufgrund der schlechten Wirtschaftslage nicht gesetzt werden.⁸ Die GARIOA-Hilfe sollte zum Ende des Jahres 1949 eingestellt werden, West-Berlin gehörte aber noch nicht zum Anwendungsbereich des Marshallplans. Darüber hinaus verweigerte die Bizonenverwaltung⁹ der Teilstadt eine weitere Unterstützung, weil sie der neu zu wählenden Bundesregierung nicht vorgreifen wollte, indem sie vorzeitig Fakten schaffte. In dieser Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland entstand für West-Berlin ein Vakuum an Zuständigkeiten, das eine ernste Bedrohung für das Funktionieren der Teilstadt bedeutete.

Ernst Reuter wies in dieser Situation immer wieder darauf hin, dass die Erfolge der Luftbrücke während der Berlin-Blockade zunichtegemacht würden, wenn nicht bald eingegriffen werde. Schließlich reagierte der US-Hochkommissar John McCloy und setzte sich für die Einbeziehung West-Berlins in die Marshallplan-Hilfen für Westdeutschland ein. Die frisch gewählte Bonner Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer zögerte jedoch weiterhin, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Erst durch die erneute Intervention McCloy's zeigten sich bei den Verhandlungen zwischen West-Berlin und der Bundesregierung Fortschritte. Fortan erhielt West-Berlin monatliche Zuschüsse, um deren Höhe aber weiterhin regelmäßig gerungen wurde. Um auch in dieser Hinsicht Erleichterung und Planungssicherheit zu schaffen, bemühte sich West-Berlin, in die Regelung der Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Ländern über eine gesonderte Verwaltungsvereinbarung aufgenommen zu werden. Diese Vereinbarung kam wiederum nur auf Druck der Westalliierten zustande.¹⁰

West-Berlin musste sich nicht allein um die Lösung der wirtschaftlich und finanziell desolaten Lage bemühen, sondern war darüber hinaus gezwungen, für sich eine neue Rolle unter den deutschen Städten zu definieren. Die Stadt kämpfte um den Status als zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinten Deutschland aber ebenso um den Status als Wissenschafts- und Kulturmetropole. Dieser Anspruch schlug sich im geplanten Wiederaufbau West-Berlins nieder, wie im Folgenden dargestellt werden wird. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die Planungs- und Entstehungsgeschichte der Hochbauten, also in der Regel oberirdischer Bauwerke.¹¹ Da bis Anfang der 1960er-Jahre das öffentlich finanzierte Bauen mehr als die Hälfte des West-Berliner Gesamtbauvolumens ausmachte¹² und eine Vielzahl der Entwürfe für diese Hochbauten in der städtischen Bauverwaltung entstanden, stehen diese Bauvorhaben im Fokus der vorliegenden Arbeit. Es handelt sich dabei um vielfältige Bauaufgaben – von Bauten für

7 GARIOA steht für Government and Relief in Occupied Areas; Ab 1946 erfolgte in den besetzten Gebieten Unterstützung durch die Lieferung von Gütern wie Lebensmitteln und Medikamenten. Die Gegenwerte wurden anschließend in einem Fond gesammelt und dem Marshallplan-Fond angeschlossen.

8 Bizonenverwaltung meint die seit 1947 gemeinsame Verwaltung der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands.

9 Keiderling 2001 – Bittgänge nach Bonn, S. 47.

10 Ebd., S. 49.

11 Eine Ausnahme hiervon bildet die Ausgestaltung von U-Bahnhöfen und deren Schalterhallen, die in West-Berlin mehrheitlich unter der Erdoberfläche liegen und trotzdem dem Bereich des Hochbaus zugeordnet sind. Die Tunnelanlagen selbst und damit die technische Einrichtung der Bahn sind hingegen ein Aufgabenfeld des Tiefbaus.

12 Vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin (AGH), StB III/61, 4. Mai 1961, S. 136; StB IV/10, 6. Juni 1963, S. 131.

die Verwaltung und für die Kultur bis hin zu Schulen und Krankenhäusern. Viele dieser Bauten prägen bis heute das Gesicht der Stadt.

Der Wohnungsbau zählte zwar zu einer der drängendsten Aufgaben der Nachkriegszeit und ist ebenfalls ein Teilbereich des Hochbaus. In West-Berlin lag er jedoch mehrheitlich in der Verantwortung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, weshalb Architekten der städtischen Bauverwaltung im Gegensatz zu anderen Bauaufgaben kaum bautechnisch gestaltend mitwirkten. Im Folgenden wird deshalb auf eine Betrachtung des Wohnungsbaus verzichtet.

Wie die Entstehungsprozesse der Bauten selbst, werden die Strukturen der West-Berliner Bauverwaltung sowie der dort beschäftigten Architekten mit ihren biographischen Hintergründen näher beleuchtet. Trotz der umfangreichen Präsenz ihrer Bauten im Stadtbild sind diese Architekten heute weitestgehend in der Anonymität verschwunden. Dabei ist über viele Bauten in deren Entstehungszeit, sowohl in der West-Berliner Tages- als auch in der Fachpresse, berichtet worden – allerdings häufig nur unter Benennung des zuständigen Amtes. Dies begünstigte die Anonymisierung der Bauten und ihrer Architekten, zumal da die städtische Bauverwaltung seit der Entstehung von Groß-Berlin im Jahr 1920 dezentral aufgebaut war. Somit zeichnete eine Vielzahl von Architekten für die Entwurfsgestaltung öffentlicher Bauten verantwortlich, denn jeder Bezirk hatte eigene Verwaltungsstellen für die bezirklichen Bauaufgaben wie Schulen, Altersheim oder Bezirksrathäuser. Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung – wie zum Beispiel Bauten für die Kultur, für die Universitäten oder für die Polizei und Feuerwehr – unterlagen der Zuständigkeit der zentralen Verwaltung.

Neu war ab 1945 die Zusammenfassung aller mit dem Bauen befassten, ursprünglich eigenständigen Deputationen und Ämter wie das Amt für Siedlungs- und Wohnungswesen (ab 1938 Hauptplanungsamt) oder die Deputation für Hoch- und Tiefbau unter einem gemeinsamen Dach. Dieses wurde zunächst von der Magistratsabteilung und mit Beginn der neuen Legislaturperiode im Jahr 1951 der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen sowie den bezirklichen Bauverwaltungen mit jeweils einem politischen Vertreter in Magistrat beziehungsweise Senat¹³ und den Bezirksverwaltungen gebildet. Da sich die vorliegende Forschungsarbeit auf die öffentlichen Hochbauten in West-Berlin konzentriert, steht entsprechend die Unterabteilung Hochbau im Fokus der Untersuchung. Die Planung und Realisierung öffentlicher Bauten kann jedoch nicht losgelöst von stadtplanerischen Überlegungen betrachtet werden. Aus diesem Grund wird zusätzlich die Unterabteilung Stadtplanung in die nähere Betrachtung einbezogen.

Die Masse der nach dem Krieg zu errichtenden Bauten – wie beispielsweise Schulen – lag zwar in der Verantwortung der bezirklichen Hochbauämter, aufgrund der Dimension des Aufgabenfeldes wird im Folgenden allerdings eine Fokussierung auf Bauprojekte in der Hand der zentralen Hochbauverwaltung vorgenommen. Diese Bauten von bezirksübergreifender Bedeutung ermöglichen die Darstellung des Netzes von Abhängigkeiten zwischen Berliner, bundesdeutscher und nicht zuletzt alliierter Politik. Ferner zeigte sich insbesondere in diesen Bauten das Dilemma der Instanzen West-Berlins, Entscheidungen über Standorte und Umfang von Bauprojekten nach aktuellen Gegebenheiten unmittelbar, aber unter der Berücksichtigung einer etwaigen künftigen Wiedervereinigung der Stadt zu einem unbestimmten Zeitpunkt treffen zu müssen.

13 Seit dem Jahr 1951, mit Beginn der ersten Wahlperiode nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung für West-Berlin im Jahr 1950, wird die Stadtregierung vom Senat und nicht mehr vom Magistrat gebildet.

Solche weitreichenden Entscheidungen traf die städtische Bauverwaltung nicht allein. Letztlich war sie ein Dienstleister für andere Verwaltungsstellen, die wiederum an politische Entscheidungen, beispielsweise hinsichtlich der Freigabe von finanziellen Mitteln, gebunden waren. Dieses Geflecht der Zusammenarbeit verschiedener Entscheidungsträger wird ebenfalls in der vorliegenden Arbeit untersucht. Dem Aspekt, wie frei die in der Bauverwaltung tätigen Architekten in der Gestaltung der ihnen gesetzten Aufgaben waren, wird dabei besonderes Augenmerk geschenkt.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf dem Zeitraum zwischen 1949 und 1963. Mit dem Ende der Berlin-Blockade und der Gründung zweier deutscher Staaten war die politisch-administrative Teilung Berlins endgültig vollzogen und West-Berlin als eigenständiger Verwaltungsbereich entstanden. Wie bereits erwähnt, ermöglichte erst die Einbeziehung West-Berlins in die amerikanische Wirtschaftshilfe des Marshallplans den Beginn des Wiederaufbaus der Stadt. Im Jahr 1963 schließlich endete die dritte Wahlperiode seit Inkrafttreten der neuen Verfassung Berlins. Mit den regulären Neuwahlen in diesem Jahr ist zwar keine grundsätzliche politische Zäsur verbunden, jedoch deuteten sich in verwaltungstechnischer Hinsicht in der Folgezeit zahlreiche Reformen und Änderungen insbesondere im Bereich der Bauverwaltung an. Verwaltungsabläufe sollten vereinfacht, Personalkosten signifikant gesenkt und dazu einzelne Aufgabenbereiche aus der Verwaltung ausgelagert werden. Als ein Resultat dieses Wandels wurden ab diesem Zeitpunkt freischaffende Architekten verstärkt in das öffentliche Bauwesen einbezogen. Zuvor hatten sie sich meist nur über die Beteiligung an Architekturwettbewerben in die Gestaltung öffentlicher Bauten in West-Berlin einbringen können.

Darüber hinaus wurden ab Mitte der 1960er-Jahre in erster Linie begonnene Großbauprojekte fortgeführt, so dass zunächst kaum grundsätzliche Entscheidungen für die bauliche Entwicklung der Stadt zu treffen waren. Etwa zeitgleich, allerdings unabhängig von den anderen aufgezeigten Änderungen, begann innerhalb der West-Berliner Bauverwaltung ein weit greifender, altersbedingter Generationswechsel.

Auf die bauliche Gestaltung der Stadt nahmen politische Entscheidungsträger sowie Architekten inner- und außerhalb der städtischen Bauverwaltung Einfluss. Um diese verschiedenen Ebenen darzustellen, gliedert sich die vorliegende Arbeit in drei Hauptkapitel. Im ersten Kapitel werden zunächst die politischen Entscheidungsinstanzen der Stadt während des Untersuchungszeitraums vorgestellt. Die meisten dieser Instanzen wie das Abgeordnetenhaus und seine Fachausschüsse existieren noch heute, so dass für die Beschreibung im Allgemeinen die Gegenwartsform gewählt wurde. Hingegen stellt die Darstellung von Abläufen und beteiligten Gremien in einer Vergangenheitsform die Unterschiede zwischen der damaligen Zeit und heute heraus.

Des Weiteren werden in diesem Kapitel die Strategien West-Berlins zur Bewältigung des quantitativen öffentlichen Bauprogramms überblickshaft dargestellt. Daneben wird die baupolitische Ausrichtung auf die Vorbereitung als künftige gesamtdeutsche Hauptstadt wie auch auf den Ausbau West-Berlins als Kultur- und Wissenschaftsmetropole in seinen wesentlichen Aspekten beleuchtet.

Das zweite Hauptkapitel widmet sich zunächst dem Aufbau und der personellen Ausstattung der West-Berliner Bauverwaltung mit dem Fokus auf die Abteilungen Hochbau und Stadtplanung. Auf die Ausweitung der Untersuchung auf das Thema Personalausstattung auf bezirklicher Ebene ist weitestgehend verzichtet worden, da im weiteren Verlauf ausschließlich auf Bauprojekte in der Hand der Senatshochbauverwaltung näher eingegangen wird.

Anschließend werden der Planungsbeirat und die Akademie der Künste als externe Beratergremien vorgestellt, die auf unterschiedliche Weise Einfluss auf das öffentliche Bauwesen genommen haben. Da freischaffende Architekten im Betrachtungszeitraum fast ausschließlich über die Teilnahme an Architekturwettbewerben die Möglichkeit der gestaltenden Mitwirkung bei öffentlichen Hochbauprojekten hatten, wird in diesem Kapitel ein Überblick über das West-Berliner Wettbewerbswesen gegeben. Im Fokus stehen dabei die verschiedenen Entscheidungsinstanzen im Hinblick auf die Auslobung eines Wettbewerbs wie auch hinsichtlich der Auswahl der Teilnehmer und Preisrichter. Ferner wird sich im Verlauf der Arbeit zeigen, dass Otto Bartning und Hans Scharoun als Architekten außerhalb der Bauverwaltung bezüglich ihrer aktiven Einflussnahme auf die bauliche Entwicklung West-Berlins besonders herausstechen.

Daraus wird bereits deutlich, dass für die Gestaltung des Stadtbildes nicht allein Architekten der städtischen Bauverwaltung verantwortlich sind, sondern darüber hinaus Politiker und Mitglieder verschiedener Institutionen. Für diesen weiten Personenkreis sind biographische Hintergründe in unterschiedlichem Maße für konkrete Entscheidungen von Relevanz. Im zweiten Hauptkapitel werden aus diesem Grund biographische Hintergründe allein für die Führungskräfte der beschriebenen relevanten Bauabteilungen dargestellt, da im Wesentlichen sie die Entwurfsentwicklung bestimmten. In beschränktem Umfang konnten Informationen über den Werdegang einzelner in diesen Abteilungen tätigen Architekten ermittelt werden, so dass Aussagen über die Altersstruktur, die Herkunft und die Ausbildungswege möglich sind und im Text dargestellt werden. Die biographischen Angaben selbst sind für eine bessere Lesbarkeit des Textes stichpunktartig in das Personenverzeichnis am Ende des Buches integriert. Dieses gibt darüber hinaus die Leiter der bezirklichen Hochbauverwaltungen sowie alle anderen im Kontext der baulichen Entwicklung West-Berlins agierenden, im Text benannten Personen wieder. Da es für die Betrachtung von Relevanz ist, in welcher Funktion diese Personen Einfluss genommen haben, werden sie mit Lebensdaten, Beruf und, soweit für die Einzelentscheidung von Bedeutung, ihren Mitgliedschaften beispielsweise in Berufsverbänden genannt. Auf eine ausführlichere, biographische Darstellung insbesondere von Politikern ist verzichtet worden, da diese, anders als im Falle der in der Bauverwaltung tätigen Architekten, als Personen der Zeitgeschichte häufig bekannt und ihre Biographien in gängigen Nachschlagewerken leicht zugänglich sind.

Die ersten beiden Hauptkapitel bilden damit die Grundlage für die Darstellung der Entscheidungswege – und soweit möglich auch der Entwurfsprozesse – am Beispiel ausgewählter Bauvorhaben, die schließlich im dritten Hauptkapitel vorgestellt werden. Dabei geht es in erster Linie nicht um vergleichende Abläufe und eine architekturhistorische Bewertung einzelner Bauaufgaben. Vielmehr sind Beispiele gewählt worden, die in die thematischen Kategorien der West-Berliner Baupolitik einzuordnen sind. Das betrifft zum einen den Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur und zum anderen die Wahrung des Status als Wissenschafts- und Kulturmetropole. Beides ist eng verknüpft mit der Vorbereitung auf die künftige Hauptstadtfunktion eines angestrebten wiedervereinten Deutschlands.

Für die Darstellung der Herangehensweise an den Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur sind vier Beispiele unterschiedlicher Bauaufgaben gewählt worden. Die Hansaschule als eigentlich bezirkliche Bauaufgabe entstand aufgrund ihrer Nähe zur Internationalen Bauausstellung 1957 (Interbau) ausnahmsweise nach Entwürfen der zentralen Hochbauverwaltung. Experimente und Innovationen im Schulbau waren für die Ausstellung nicht vorgesehen, so dass die Hansaschule stellvertretend für eine der wesentlichsten Wiederaufbauaufgaben steht.

Das ehemalige Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht zeigt exemplarisch den Versuch, über typisierte Raumvorgaben kostengünstige Verwaltungsbauten zu errichten. Zugleich bildet es ein Beispiel für die häufig durch den von West-Berliner Seite forcierten Zuzug von Bundesinstitutionen notwendig gewordene Standortsuche für Berliner Institutionen.

Im Zuge der Planung um die Wiedererrichtung des Blumengroßmarktes wird das Bemühen der West-Berliner Bauverwaltung um eine städtebaulich ansprechende Lösung inmitten der Innenstadt gegen die allein auf größte Sparsamkeit setzenden Interessen der zukünftigen Nutzer und West-Berliner Politiker deutlich. Unter ähnlichem Finanzierungsdruck standen der aus Mitteln des Bundes finanzierte Ausbau und die Erweiterung des Berliner U-Bahnnetzes. Trotz weitgehender Typisierung der Bahnhofsgestaltung entstanden elegante, im Detail abwechslungsreiche Bauten. Die Bahnhöfe werden bis heute täglich von Tausenden genutzt, als Bauten aber kaum wirklich wahrgenommen.

Die im zweiten Unterkapitel näher betrachteten Kulturbauten waren mit teils langwierigen Standortdebatten verbunden, die schließlich in die Herausbildung eines neuen kulturellen Zentrums in Berlin mündeten. Offene Standortentscheidungen waren dementsprechend ausschlaggebend für die Auswahl von Philharmonie, Staatsbibliothek und Dahlemer Museum als näher zu betrachtende Bauprojekte. Die Königliche Porzellanmanufaktur (KPM) war zwar wie die Museen und die Staatsbibliothek von der ungeklärten Nachfolgesituation der einstmals preußischen Einrichtungen betroffen, ihr Ausbau erfolgte allerdings am historischen Standort und hatte dadurch keine stadtplanerischen Auswirkungen auf den Wiederaufbau West-Berlins.¹⁴

Ähnlich verhielt es sich mit der Oper in der Bismarckstraße. Sie wurde im Krieg beschädigt, konnte aber unter Verwendung erhalten gebliebener Teile an ihrem alten Standort wiedererrichtet werden,¹⁵ so dass auf eine nähere Untersuchung verzichtet wird. Das Konzerthaus der weltberühmten Philharmoniker in der Bernburger Straße in Berlin-Kreuzberg wurde hingegen während des Krieges völlig zerstört. Es war eine Prestigefrage für West-Berlin, dieses Orchester zu halten und ihm eine neue Heimstatt zu geben. Allein die Frage nach dem Standort für ein solches neues Konzerthaus verhinderte einen zügigen Neubau. Alle drei an dieser Stelle untersuchten Bauprojekte wurden letztlich von freischaffenden Architekten realisiert. Erste Planungen für das Dahlemer Museum und die Staatsbibliothek begannen aber mit Entwurfsplanungen der West-Berliner Bauverwaltung. Ihre Tätigkeit und Einflussnahme bestimmen den Fokus der

14 Nachdem für die KPM die Standortentscheidung für Berlin und gegen das Ausweichquartier in Selb/Bayern gefallen war, erfolgten der Wiederaufbau und die Erweiterung von Anlagen und Gebäuden nach Entwürfen der Entwurfsgruppe der Hochbauabteilung unter Bruno Grimmek. Ausführlicher zur Entwicklung der KPM nach 1945: Engel, Helmut: Baudenkmal Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin. Zur Geschichte eines Staatsbetriebes, Berlin 2004, S. 126–131.

15 Obwohl für die Oper keine Standortdebatte geführt wurde, stand ihre Finanzierung trotzdem in der Diskussion. Letztlich wurde der Wiederaufbau über den Aufbauplan vom Bund finanziert und ihr Aufbau ist als Teil der Systemkonkurrenz zwischen beiden Stadthälften zu sehen. Während Staatsoper und Komische Oper im Ostteil der Stadt das musikalische Leben bestimmten, durfte auf ein solches Angebot im Westteil der Stadt nicht verzichtet werden (Parlamentsbibliothek des Abgeordnetenhauses von Berlin (PBib), HA I/262, 21. Mai 1954, S. 4–6.). Ebenfalls diskussionsreich verlief der Wettbewerb zur Wiederherstellung der Oper. Auslöser war die Beteiligung Werner Hartings unter Nutzung eines Pseudonyms. Da dieses Ereignis nicht unmittelbar mit Entscheidungen der Senatsbauverwaltung verbunden war, kann an dieser Stelle darauf nicht detaillierter eingegangen werden. Realisiert wurde der Wiederaufbau der Oper nach Entwürfen von Fritz Bornemann. Ausführlicher zum Wettbewerb und des Wiederaufbaus der Deutschen Oper: Architektursammlung Berlinische Galerie (BG), Wettbewerbe 30/1953 (Deutsche Oper); Schindler, Susanne (Hrsg.): Inszenierte Moderne – zur Architektur von Fritz Bornemann, Berlin 2003, S. 52–62.

jeweiligen Darstellung und nicht die letztlich realisierten Bauten selbst. Wie aufgezeigt werden wird, gingen im Falle des Dahlemer Museums und der Staatsbibliothek die Zuständigkeiten im Laufe der Jahre von der Stadt auf die Stiftung Preußischer Kulturbesitz über. Entsprechend waren die Vorarbeiten von Seiten West-Berlins erfolgt, die letzte Entscheidung über die realisierten Bauten wurde aber unabhängig von der Stadt durch die Stiftung getroffen. Auch für die Philharmonie steht die über viele Jahre lenkende Wirkung der Senatsbauverwaltung im Mittelpunkt und nicht der nach Entwürfen Hans Scharouns realisierte Bau.

Unter dem Aspekt der stadtplanerischen Entwicklung und des Erhalts sowie des Ausbaus West-Berlins als Wissenschaftsstandort kann auf eine Betrachtung der Universitätsbauten nicht verzichtet werden. Es ist allerdings nicht möglich, diesen Komplex innerhalb dieser Arbeit in der Tiefe zu behandeln, da er ein eigenständiges Forschungsthema darstellt, für das hier untersuchte Thema jedoch nur Einzeldaten relevant sind. Entsprechend steht daher nicht die Planungsgeschichte von Einzelbauwerken im Vordergrund, sondern die vergleichende Darstellung der Kernprobleme der baulichen Entwicklung der Freien (FU) und der Technischen Universität (TU). Eng damit verbunden sind unterschiedliche Rechtsstellungen beider Universitäten bis zur Mitte der 1950er-Jahre. Eine Auseinandersetzung mit diesem Aspekt wie auch mit dem Kontext des bundesrepublikanischen Ausbaus der Universitäten ab Ende der 1950er-Jahre ist bislang nicht erfolgt, obwohl zur Geschichte beider Universitäten bereits geforscht wurde.¹⁶ Die in diesem Kapitel aufgeworfenen und zum Teil beantworteten Fragen können somit eine Grundlage für die weitere Forschungsarbeit bilden.

Darüber hinaus spielten die westlichen Alliierten, und dabei vor allem die USA, eine maßgebliche Rolle im West-Berliner Baugeschehen. Eine eingehende Untersuchung des US-amerikanischen Engagements in West-Berlin, insbesondere im Hinblick auf die baulichen Hinterlassenschaften, steht bislang aus. Völlig unbeachtet blieb dieses Thema hingegen nicht, wie unter anderem die Fotoausstellung „Geschenke der Amerikaner“¹⁷ im Jahr 2009 mit umfänglichem Rahmenprogramm zeigte. Diese Lücke der Forschungslage kann aufgrund ihres Umfangs und des kaum verfügbaren Quellenmaterials mit dieser Arbeit nicht abschließend geschlossen werden, zumal es ein eigenständiges Forschungsthema darstellt.

Explizit stehen keine Besatzungsbauten und damit Baumaßnahmen zur Unterbringung der in West-Berlin stationierten Streitkräfte im Fokus dieser Untersuchung. Beispielhaft für die davon unabhängige und vielfältige Einflussnahme auf das West-Berliner Baugeschehen werden in einem separaten Kapitel der Ausbau des Messegeländes als Wirtschaftsantrieb, die Planungen für die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) sowie für das Amerika-Haus näher untersucht. Diese

- 16 Mit der Gründung und Finanzierung der FU befasst sich ausführlich unter anderem: Tent, James F.: Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988. Mit der Entwicklung der TU befasst sich beispielsweise: Rürup, Reinhard (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979, Berlin u.a. 1979. Auch Einzelbauten beider Universitäten fanden bereits Beachtung, beispielsweise: Brachmann, Christoph/Suckale, Robert (Hrsg.): Die Technische Universität und ihre Bauten. Ein Rundgang durch zwei Jahrhunderte Architektur- und Hochschulgeschichte, Berlin 1999; Hillmann Roman: Das Fakultätsgebäude für Bergbau und Hüttenwesen der Technischen Universität Berlin: Bau, Alterung, Abrissplanung, Sanierung, Petersberg 2013. Der 2011 erschienene Führer zu den Bauten der FU enthält zwar überblickshafte Beschreibungen der Einzelbauten, aber keine umfassende Beschreibung zur Planung und Finanzierung der Neubauten: Schilling, Martina (Hrsg.): Freie Universität Berlin. Ein Architekturführer zu den Hochschulbauten, Berlin 2011.
- 17 Fotoausstellung „Geschenke der Amerikaner – das Architekturerbe der alliierten Präsenz in West-Berlin“, Amerika-Haus Berlin, 9. Mai bis 30. Juni 2009.

Bauten stehen für unterschiedliche Finanzierungsmodelle und Investitionsabsichten der USA. Dabei wird sich zeigen, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Seiten der Stadt unterschiedlich gelagert waren.

Wie eingangs beschrieben, wäre ein öffentliches Bauen in West-Berlin ohne die finanzielle Unterstützung des Bundes kaum möglich gewesen. Auf seine Rolle und Einflussnahme wird an den maßgeblichen Stellen hingewiesen. Verzichtet wurde hingegen auf eine ausführliche Darstellung innerhalb eines eigenständigen Kapitels, da von Seiten des Bundes nicht unmittelbar Einfluss auf die Entwurfsgestaltung einzelner Berliner Bauvorhaben genommen wurde. Verhandlungen beschränkten sich im Wesentlichen auf Finanzierungsfragen und fanden nicht auf der Ebene der Bauverwaltungen selbst statt. Denn im Gegensatz zur Senatsbauverwaltung bildete die Bundesbauverwaltung kein selbständiges Ressort der Regierung. Sie war als Bundesbaudirektion wechselnden Bundesministerien unterstellt, unter anderem dem Bundesministerium für Finanzen.¹⁸

Mit Beschluss des Bundestages im Jahr 1956, in Bonn keine weiteren Neubauten zu errichten, um inmitten des Ost-West-Konflikts den provisorischen Charakter des dortigen Regierungssitzes zu unterstreichen, verstärkten sich die baulichen Aktivitäten des Bundes in West-Berlin. Diese Bauvorhaben, wie zum Beispiel der Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes, wurden als Bundesliegenschaften über den Bundeshaushalt finanziert. Sie lagen in der Hand der Bundesbaudirektion, die in Folge der Verlagerung ihres Tätigkeitsgebietes im Jahr 1958 mit ihrem Dienstsitz von Bonn nach West-Berlin zog.¹⁹ Damit existierte eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen beiden Bauverwaltungen für öffentliche Bauten Berlins sowie des Bundes. Kooperationen beider Verwaltungen fanden gelegentlich im Rahmen der Amtshilfe statt, wie am Beispiel der Universitätsbauten deutlich werden wird. Eine etwaige darüber hinausreichende Zusammenarbeit stellt ein neues Forschungsthema dar.

Die vorliegende Arbeit fußt in weiten Teilen auf der Auswertung unveröffentlichter Quellen sowie zeitgenössischen Pressematerials. Zwar ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Architektur der Nachkriegszeit in Deutschland im Gange und auch West-Berlin davon nicht ausgenommen, sie bezieht sich bislang jedoch auf Einzelereignisse wie die Interbau 1957 in West-Berlin²⁰ sowie auf Einzelbauwerke freischaffender Architekten.²¹ Unter den in Berlin freischaffend tätigen Architekten fanden unter anderem Werner Düttmann, Fritz Bornemann oder Egon Eiermann bisher eine besondere Beachtung.²² Der im Jahr 2013 erschienene Architekturführer „Baukunst der Nachkriegsmoderne“²³ verschafft einen Überblick über die Nachkriegs-

18 Kübler, Andreas: Chronik Bau und Raum. Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Tübingen 2007, S. 118-121.

19 Ebd. S. 143.

20 Zum Beispiel: Wagner-Conzelmann, Sandra: Die Interbau 1957 in Berlin. Städtebau und Gesellschaftskritik der 50er Jahre, Petersberg 2007; Riege, Thomas: Der Wiederaufbau des Berliner Hansaviertels im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 1957, Dissertation, Technische Universität Berlin 1985.

21 Zum Beispiel: Hillmann 2013 – Das Fakultätsgebäude für Bergbau und Hüttenwesen; Vollmers, Clemens: Die Akademie der Künste Berlin von Werner Düttmann, Magisterarbeit, Technische Universität Berlin 1999; Beckmann, Regine: Das Telefonken-Hochhaus am Ernst-Reuter-Platz. Ein West-Berliner Bau, Magisterarbeit, Technische Universität Berlin 1999.

22 Zum Beispiel: Ochs, Haila (Hrsg.): Werner Düttmann, verliebt ins Bauen. Architekt für Berlin, 1921–1983, Basel u.a. 1990; Schindler 2003 – Inszenierte Moderne; Hildebrand, Sonja/Jaeggi, Annemarie (Hrsg.): Egon Eiermann: (1904–1970). Die Kontinuität der Moderne, Ostfildern-Ruit 2004.

23 Buttlar, Adrian von u.a. (Hrsg.): Baukunst der Nachkriegsmoderne: Architekturführer Berlin 1949–1979. Forschungen zur Nachkriegsmoderne, Berlin 2013.

bauten im vereinten Berlin. Öffentliche, von der West-Berliner Bauverwaltung verantwortete Bauten stehen dort gleichrangig neben gewerblichen und privaten von freischaffenden Architekten verantworteten Bauten. Das ist bislang nicht selbstverständlich, denn das behördliche Bauen der Nachkriegszeit in Deutschland hat bisher kaum Eingang in den wissenschaftlichen Diskurs gefunden.

Es sind zumeist die städtischen Verwaltungen selbst, die anlässlich eines Jubiläums Darstellungen ihrer Geschichte veröffentlichten. Beispielsweise erschien im Jahr 1975 ein vom Leiter des Stadtarchivs Hannover Herbert Mundhenke verfasster Beitrag über das hundertjährige Bestehen der dortigen Bauverwaltung.²⁴ Er beschränkt sich auf den Aufbau, teilweise auch unter der Darstellung biographischer Hintergründe der Führungskräfte der Hannoveraner Bauverwaltung. Deren Zusammenspiel mit etwaigen anderen Verwaltungszweigen und die Auswirkung ihrer Tätigkeit auf das Hannoveraner Stadtbild spielten in Mundhenkes Arbeit keine Rolle. Ebenfalls anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Hochbauverwaltung des heutigen Berliner Bezirks und der früheren selbständigen Stadt Neukölln fand im Jahr 2005 eine Ausstellung statt, in deren Rahmen ein umfangreiches Begleitbuch erschienen ist.²⁵ Darin werden sowohl Architektenbiographien wie auch ihre Tätigkeit hinsichtlich der baulichen Entwicklung Neuköllns von 1905 bis 2005 dargestellt, wobei die 1950er-Jahre eine untergeordnete Rolle spielen. Das Zusammenspiel zwischen bezirklicher- und Senatsbauverwaltung sowie den politischen Entscheidungsgremien wird auch in dieser Arbeit nicht thematisiert. Aufbau und Struktur der Senatsbauverwaltung fanden bislang allein in die Monographie von Dieter Hanauske zur Wohnungspolitik im West-Berlin der Nachkriegszeit Eingang.²⁶ Sein Fokus richtete sich vorrangig auf das Wohnungs- aber auch das Stadtplanungsamt innerhalb dieser Verwaltung.

In deutschen Bauverwaltungen beschäftigte Architekten der Nachkriegszeit waren für die Forschung bisher vorrangig im Rahmen ihrer Karrierekontinuität seit der Zeit des Nationalsozialismus und darüber hinaus von Interesse. Als Vorreiter dieser Untersuchungen ist Werner Durth zu nennen,²⁷ wobei sein Schwerpunkt auf der Darstellung der personellen Verwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland lag. Die Verhältnisse in West-Berlin spielten darin eine untergeordnete Rolle. Unter ähnlichen Gesichtspunkten beschäftigt sich ein Beitrag im Katalog zur Ausstellung „Architektur der Wunderkinder: Aufbruch und Verdrängung in Bayern 1945–1960“²⁸ aus dem Jahr 2005 mit den am Wiederaufbau Bayerns beteiligten Architekten. Aufbau und Struktur der Bauverwaltung sind auch hier nicht thematisiert worden.

Ähnlich wie die deutschen Bauverwaltungen und die dort beschäftigten Architekten, die nur am Rande in den wissenschaftlichen Diskurs gelangten, steht es um den Forschungsstand der in der vorliegenden Arbeit näher beleuchteten Bauprojekte. Hier ist zwischen den Gebäuden und den dahinterstehenden Institutionen zu differenzieren. Beispielsweise ist die institutionelle Entwicklung der Berliner Museen zwischenzeitlich gut aufgearbeitet, die damit eng zusammenhängende bauliche Entwicklung jedoch kaum. Da die Bauaufgaben und institutionellen

24 Mundhenke, Herbert: 100 Jahre städtische Bauverwaltung 1875–1975. Sonderdruck aus „Hannoversche Geschichtsblätter“ Neue Folge Band 29, Heft 1/2, Hannover 1975.

25 Althans, Dieter (Bearb.): 100 Jahre Bauen für Neukölln. Eine kommunale Baugeschichte, Berlin 2005.

26 Hanauske, Dieter: „Bauen, bauen, bauen...!“. Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945–1961, Berlin 1995.

27 Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Stuttgart u.a. 2001⁵.

28 Klotz, Sabine: „Ich selbst hatte mich nie mit den parteipolitischen Tendenzen befasst.“. Fallstudien zu Entnazifizierung und Spruchkammerverfahren von Architekten in Bayern, in: Nerdinger, Winfried (Hrsg.): Architektur der Wunderkinder: Aufbruch und Verdrängung in Bayern 1945–1960, Salzburg u.a. 2005, S. 32–43.

Zusammenhänge der einzelnen hier vorgestellten Projekte sehr unterschiedlich gelagert sind, wird – soweit notwendig – der Überblick über den jeweiligen Forschungsstand einleitend zu den entsprechenden Kapiteln dargestellt.

Die Grundlage der vorliegenden Arbeit bildete zunächst die systematische Auswertung von Fachzeitschriften wie *Neue Bauwelt/Bauwelt* sowie dem *Berliner Baubuch* als Presseorgan der Senatsbauverwaltung. Außerdem wurden die West-Berliner Tageszeitungen *Der Tagesspiegel* und *Die neue Zeitung* im Betrachtungszeitraum ausgewertet. Damit konnte ein Überblick über die zeitgenössische Berichterstattung über das öffentliche Bauwesen in West-Berlin gewonnen werden, der eine Fokussierung auf frühzeitig diskutierte Bauvorhaben und Personalentscheidungen ermöglichte. Hinzu kam die Auswertung von Archivmaterial, insbesondere im Landesarchiv Berlin, das für alle Bereiche der Arbeit von Relevanz war. Personalakten der Mitarbeiter der Bauverwaltung, die nur lückenhaft erhalten sind, sowie Fotokopien der Personendokumente des Berlin Document Centers²⁹ ermöglichten einen biographischen Zugriff. Ebenfalls lückenhaft erhaltenes Material sowohl der Senatsbauverwaltung als auch der anderen Senatsverwaltungen gestatteten die Rekonstruktion von politischen Entscheidungsvorgängen, die ergänzt werden durch Protokolle und Berichte des Abgeordnetenhauses sowie seiner Ausschüsse, die vollständig in der Parlamentsbibliothek einsehbar sind. Nicht archiviert wurden dort allerdings Pläne, Statistiken, Entwürfe und ähnliches Material, das den Abgeordneten für ihre Beratungen insbesondere in den Ausschusssitzungen zur Verfügung gestanden hatte. Die Grundlage der überlieferten Diskussionen ist deshalb heute teilweise nicht mehr nachvollziehbar. Beratungsunterlagen wurden zwar jeweils von der Senatsbauverwaltung zusammengestellt, sind aber auch dort nicht mehr ausfindig zu machen. Nach eigenen Angaben verfügt die heutige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über keinerlei Unterlagen aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Aktenbestände sind zum Großteil an das Landesarchiv Berlin übergeben worden. Diese weisen jedoch zahlreiche Lücken auf. Ebenfalls unvollständige Unterlagen, die Wettbewerbe und den Planungsbeirat betreffen, verwahrt die Berlinische Galerie. Einige Besprechungsprotokolle mit der Senatsbauverwaltung und Vergleichbares sind in den Unterlagen der involvierten Fachverwaltungen oder den nutzenden Institutionen eines konkreten Bauprojektes erhalten, so dass Rekonstruktionen von Planungsvorgängen für einzelne Bauvorhaben gelingen konnten.

Darüber hinaus vermochte es die Sichtung von Architektennachlässen wie dem Bruno Grimmeks in der Berlinischen Galerie oder denen Hans Scharouns und Werner Hebebrands im Baukunstarchiv der Akademie der Künste, Lücken sowohl in biographischer als auch in institutioneller Hinsicht zu schließen. Für die Untersuchung einzelner Bauprojekte spielten ferner die Archive der entsprechenden Institutionen eine entscheidende Rolle. Zu nennen sind an dieser Stelle insbesondere die Archive der Akademie der Künste, der Stiftung Berliner Philharmoniker wie auch das Zentralarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

29 Das nach 1945 von den Alliierten eingerichtete Berlin Document Center (BDC) sammelte personenbezogene Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus wie die Mitgliedskartei der NSDAP oder Akten der Reichskulturkammer.